

Salzburg, am 29.04.2009

**Parteienübereinkommen  
für die Amtsperiode des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Salzburg 2009 bis 2014**

**Finanzen:**

Durch die Wirtschaftskrise, die Steuerreform und die damit verbundenen Einnahmehausfälle werden 2009 und in den Folgejahren schwere Belastungen auf die Stadt Salzburg zukommen.

In der Mittelfristigen Finanzplanung des ordentlichen Haushaltes entstünde bei Fortschreibung der Ausgaben nach den Berechnungen der Mag. Abt. 8 ein Strukturdefizit von € 43 Mio. im Jahr 2014. Um dieser Entwicklung gegensteuern zu können und um zu sichern, dass die gebundenen Rücklagen der Stadt Salzburg ausschließlich für Investitionszwecke verwendet werden können wird vereinbart, dass die Budgeterstellung für die Jahre 2009 bis 2014 auf Basis der von der Mag. Abt. 8 gerechneten „Sparvariante“ erfolgt. Beginnend mit der Rahmenfestlegung für 2010 sind jedenfalls geeignete Maßnahmen zu treffen, um der negativen konjunkturellen Entwicklung künftig entsprechend gegenzusteuern.

Die großen Projekte der Zukunft mussten neu bewertet und gereiht werden. Wegen der steigenden Kinderzahlen in der Stadt haben die Investitionen in Pflichtschulen und Kindergärten Vorrang. Augenmerk muss auch auf die Sanierung der stadteigenen Wohnungen gelegt werden. Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Salzburg wird in die Sanierung der Messehallen zu investieren sein. Zu lösen ist auch die Frage eines neuen Bades für Salzburg.

**Messezentrum – MZS-GmbH:**

In den Jahre 2010 bis 2013 schießt die Stadt der MZS-GmbH insgesamt € 12 Mio. zu. Vom Land wird aufgrund seiner höheren Finanzkraft auch ein entsprechend höherer Beitrag erwartet.

Mit diesen Zuschüssen haben sich auch die Gesellschaftsanteile entsprechend den Zuschussleistungen zu verändern. Die Wirtschaftskammer wird zu Verhandlungen über ihre Beitragsleistung eingeladen.

Die MZS-GmbH wird nicht in eine Messegesellschaft und in eine Gesellschaft, die die Salzburg Arena betreibt, aufgesplittet.

### **Kindergärten und Seniorenheime:**

In der Sozialpolitik gibt es neben den gesetzlichen Verpflichtungen und laufenden Förderungen und Unterstützungen vor allem zwei Schwerpunkte: Kinder und Senioren.

Die Kinderbetreuungseinrichtungen in Salzburg haben hohes Niveau, die Versorgung mit Kindergartenplätzen ist nahezu flächendeckend. Neu sind die Themen Gratiskindergarten und verpflichtendes letztes Kindergartenjahr. Allein diese Tatsache könnte mit dem Neubau von 15 Gruppenräumen Gesamtinvestitionskosten von € 14-15 Mio. zur Folge haben. Die weitere Entwicklung auf Bundes- und Landesebene muss beobachtet werden, um zeitgerecht auch die entsprechenden infrastrukturellen und personellen Kapazitäten schaffen zu können.

Die bestehenden Seniorenheime der Stadt Salzburg werden laufend saniert und sind großteils in gutem Zustand. Es müssen jedoch jährlich Investitionen vorgenommen und bei Bedarf weitere Kapazitäten geschaffen werden. Besonders erwähnt werden soll der Neubau des Seniorenheimes in Lehen. Je nach Entwicklung des Bedarfs wird auch der Bau einer zusätzlichen Pflegeeinrichtung im Seniorenheim Hellbrunn angedacht.

Es werden folgende Vereinbarungen getroffen:

Kinderbetreuung:

Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Kinderbetreuungsplätzen wird als zentrale Aufgabe wahrgenommen.

Die Stadt versucht, Synergien mit privaten Kindergartenträgern zu nützen. Sie bedient sich dazu eigenen Personals.

Die Mag. Abt. 3 - Soziales und 5 – Baubehörde und Raumplanung erarbeiten eine Bedarfserhebung, in der der Aspekt des sog. Gratiskindergartenjahres bereits berücksichtigt wird.

Einvernehmen besteht darüber, dass die Stadt für die vom Land angekündigte Gratiskinderbetreuung weder Infrastruktur- noch Personalkosten übernehmen wird. Diesbezüglich wird an die Zusage des Landes zur Kostenübernahme erinnert.

Davon ausgehend, dass durch die kommenden Änderungen zusätzliches Personal benötigt wird, prüft das Jugendamt sowohl den voraussichtlichen Bedarf an Personal als auch den Markt. Diese Prüfung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass der Maturajahrgang 2008/09 noch angesprochen werden kann.

Die Stadt belebt das letzte Kindergartenjahr inhaltlich und bietet (sofern nicht aus Integrationsgründen ohnehin Deutsch angeboten werden muss) eine lebende, weltbedeutsame Fremdsprache an.

Das Investitionsvolumen für die Projekte in Lehen, Gnigl etc. wird mit € 10 Mio. festgelegt.

Seniorenheime:

Die Zielformulierung der Abt. 4, festgehalten im Entwurf des Bürgermeisters zum Arbeitsprogramm, wird um Punkt 8 „bedarfsorientierte Verbesserung der Übergangspflege und Kurzzeitpflege“ ergänzt.

Die Zuschussleistung der Stadt für das Seniorenheim Lehen wird mit € 6 Mio. festgelegt.

### **Schulen:**

Die generell steigenden Kinderzahlen und die Bevölkerungsentwicklung in einzelnen Stadtteilen erfordern massive Investitionen im Schulbereich. Zugleich ist das laufende Sanierungsprogramm fort zu führen. Ab sofort und in den kommenden Jahren werden folgende Investitionen mit einem Gesamtvolumen von € 20,4 Mio. getätigt: VS Josefiaw, Anna Berta Königsegg, VS Mülln, VS Aigen, VS Heinrich Salfenauer, HS Liefering, VS und HS St. Andrä. Dieses Schulprogramm erhöht zugleich das räumliche Angebot für die Nachmittagsbetreuung bis zu ganztags geführten Klassen.

### **Wohnen:**

Dem Vorschlag der SIG wird näher getreten, da er finanziell möglich und darstellbar ist und weil mit dessen Umsetzung der Gesamtbestand der städtischen Wohnungen in 5 Jahren weitestgehend saniert werden kann. Das Investitionsvolumen wird mit € 11 Mio. festgelegt.

Nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen wird die Stadt einen Bestand von mehr als 2000 Wohnungen im Eigentum halten, bei denen sich der Sanierungsbedarf in den nächsten 15 bis 20 Jahren im Wesentlichen auf Dachsanierungen beschränken wird.

Liegenschaftsverkäufe erfolgen unter der Voraussetzung, dass die Einweisungsrechte für die Stadt gesichert werden, die Stadt Einfluss auf die Mietzinsbildung nehmen kann und den betroffenen Mietern für den Fall notwendiger Absiedlungen während der Sanierungsmaßnahmen bei Bedarf ein Rückkehrrecht eingeräumt wird. Für die Wohnungsverkäufe ist unter Beachtung voranstehender Rahmenbedingungen ein entsprechender Amtsbericht mit sämtlichen Details vorzulegen.

### **Das Projekt Bad:**

Als weitere Vorgangsweise für Bad und Kurhaus wurde vereinbart:

Es ist das Ziel der Stadt Salzburg Bad- und Kurbetrieb am Standort Auerspergstraße zu erhalten und langfristig zu sichern.

Dazu sollen folgende drei Varianten geprüft werden und hinsichtlich ihrer (finanziellen) Auswirkungen (inklusive der erforderlichen Ersatzbereitstellungen) dargestellt werden:

- a) Sanierung des Kurhauses und Sanierung des Paracelsusbades mit der Erweiterung des Bades.
- b) Sanierung des Kurhauses und Abriss sowie Neubau des Paracelsusbades mit entsprechender Erweiterung.
- c) Abriss und Neubau von Kurhaus und Bad laut kplan.

Binnen 4 Wochen ist durch das zuständige Ressort ein entsprechender Amtsbericht vorzulegen.

### **Die Wissensstadt:**

In der Stadt Salzburg wird viel für die Ausbildung, für das Wissen, für die Forschung getan. Auf dem ehemaligen Stadtwerke Areal entstehen demnächst 700 Arbeitsplätze im Bereich Forschung und Entwicklung. Mit der Science City in Itzling ist ein Durchbruch geschafft worden und zusammen mit Techno-Z, BFI und Computerwissenschaften eine Dynamik entstanden, die weiteres Wachstum ermöglicht. Zuletzt haben sich die Rektorate der beiden Universitäten Paris Lodron und Mozarteum für die Entwicklung des Forschungsstandortes Salzburg stark gemacht.

Dem Rechnung tagend wird ein Vorschlag erarbeitet, wie ein Prozess zur Profilbildung und Positionierung Salzburgs als Bildungs- und Wissenschaftsstadt initialisiert werden kann.

Die Erneuerung des Stadtwerke Areal mit Forschung und Entwicklung bietet auch die Chance für die Übersiedlung einer renommierten Kulturstätte, dem Fotohof.

Zur Ansiedlung des Fotohofs samt Ausstellungsräumen in der Sockelzone im Stadtwerk Lehen wird ein Amtsbericht vorgelegt und es werden Überlegungen angestellt, wie auch die Galerie 5020 und die Stadtgalerie dort untergebracht werden kann.

#### **Die Verwaltung:**

Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Salzburg sind weitere Verwaltungs- und Aufgabenreformen notwendig.

Unter anderem geht es dabei um Einsparungen durch Auflösung von Doppelgleisigkeiten zwischen Abteilungen einerseits und andererseits auch zwischen der Stadt und deren Firmen und Beteiligungen. Grundsätzlich gilt zudem, dass die Stadt Salzburg keinesfalls freiwillig zusätzliche Aufgaben übernimmt. Die Strukturreformen der vergangenen Jahre sollen fortgeführt werden.

Zur Umsetzung der angestrebten Ziele werden folgende Vereinbarungen getroffen:

#### Betriebsvereinbarung:

Unter dem Aspekt des verantwortungsvollen Umgangs mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden alle Änderungen in der Struktur der Verwaltung auf Basis der 1996 beschlossenen und 2004 bekräftigten Betriebsvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Salzburg und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten als Personalvertretung vorgenommen.

#### Personalentwicklung:

Die von der Verwaltung in den vergangenen Monaten initiierte Systematische Personalentwicklung erfährt die volle politische Unterstützung. Über den Fortschritt des Projekts erhält die Politik Zwischenberichte.

#### Reformgruppe:

Zur Umsetzung der von der Politik im Rahmen der Parteienverhandlungen vorgegebenen Änderungen in der Struktur der Verwaltung und zur Vorbereitung und Umsetzung einer generellen Struktur- und Aufgabenreform wird eine Reformgruppe eingesetzt.

#### Stabsstellen (sog. „Beauftragte“):

Die bereits der Magistratsdirektion zugeordneten „Beauftragten“ inklusive Bürgerservice werden im Erdgeschoß des Schlosses Mirabell räumlich zu einer Einheit zusammengefasst (Empfangsbereich, Sekretärinnenpool). Die Behindertenbeauftragte wird ebenfalls in diesen Beauftragtenpool integriert und der Magistratsdirektion zugeordnet.

Unter dem Aspekt der Aufwertung der Stadtteilstrukturen und der Bewohnerserviceeinrichtungen bleiben die Bewohnerservicestellen als „Bürgerservice vor Ort“ dezentral, werden aber mit dem Bürgerservice enger vernetzt und organisatorisch ebenfalls der Magistratsdirektion zugeordnet.

#### Wohnungsamt:

Das Wohnungsamt wird in die Mag. Abt. 3 - Soziales eingegliedert.

#### SIG / FM-Gruppe:

Die sog. FM-Gruppe wird in die SIG eingegliedert. Die Übertragung der Mitarbeiter soll analog dem Modell TSG erfolgen.

#### Werkstätten:

Alle gebäuderelevanten Werkstätten (derzeit insbesondere in den Mag. Abt. 6 und 7) werden gebündelt und in die Mag. Abt. 6 – Bauverwaltung eingegliedert. Die bisherige Vorgangsweise, dass für die SIG erbrachte Leistungen nicht verrechnet werden, bleibt aufrecht.

#### Mag. Abt. 6 - Bauverwaltung:

Folgende Vorgaben der Politik sollen von der Reformgruppe geprüft und von ihr bis zur Sitzungspause im Sommer 2009 Lösungsvorschläge erarbeitet werden:

- ) Clusterbildung Hochbau/Tiefbau aus den derzeitigen Mag. Abt. 6/00 (Abteilungsleitung), 6/01 (Gebäudeverwaltung), 6/02 (Kanal- und Gewässeramt) und 6/04 (Straßen- und Brückenamt).
- ) Dem Hochbau werden die gebäuderelevanten Werkstätten zugeordnet (siehe Punkt 1.7.).



Das Vermessungsamt (6/03) wird aufgelöst. Die Aufgaben werden wie folgt zugeordnet:

- ) die „Plankammer“ – Bauplatzerklärungen wird der Mag. Abt. 5 – Baubehörde und Raumplanung, Servicecenter Bauen – zugeordnet,
- ) der Vermessertrupp wird dem Tiefbau zugeordnet,
- ) alle Agenden im Zusammenhang mit GIS sollen der Abteilungsleitung der Mag. Abt. 6 zugeordnet werden.

Die Bezeichnungen „Cluster“ und „Fachbereiche“ sind nicht präjudiziell. Vorschläge der Verwaltung, die von den obigen Vorgaben abweichen, werden in die politischen Beratungen miteinbezogen.

Tischlerwerkstätte Abt. 2:

Diese Werkstätte wird aufgelöst.

Zentrallager:

Schaffung eines Zentrallagers auf dem Gelände des Bauhofs.

Tiefkühlhaus:

Der große Sanierungsbedarf rechtfertigt eine Weiterführung nicht mehr. Die Liegenschaft soll verwertet und den Mietern die Einstellung des Betriebes angekündigt werden.

Mit dem Ziel der Schaffung jeweils zentraler Zuständigkeiten und zur Beseitigung von Parallelstrukturen sollen von der Reformgruppe bis zur Sitzungspause im Sommer folgende Vorgaben geprüft und Lösungsvorschläge unterbreitet werden:

Winterdienst:

Zuordnung zu Bauhof

Abfallbeseitigung:

Zuordnung zu Abfallwirtschaftsamt

Fuhrpark:

Zentralisierung auf dem Gelände des Bauhofs

Kanalnetz (Wartung und Sanierung):

Bis zur Sitzungspause im Sommer soll von der Reformgruppe ein Vorschlag unterbreitet werden, wie Stadt und Reinhaltverband bei der Wartung des Kanalnetzes kooperieren können. Vorschlag: Reinhaltverband wartet Kanäle, wo dies maschinell möglich ist, Stadt wartet übrige Bereiche. Daraus resultiert keine Änderung im Personalstand der Stadt, es wird aber mit einer entsprechenden Kostenoptimierung gerechnet.

Von der Mag. Abt. 6 - Bauverwaltung wird ebenfalls bis zur Sommerpause aufgelistet, welche Kanäle vordringlich zu sanieren sind.

Kfz-Reparaturen, Kooperation mit Salzburg AG:

Unter Bedachtnahme auf die Absicht, den Fuhrpark auf dem Gelände des Bauhofs zu zentralisieren, sollen bis zur Sitzungspause im Sommer mögliche Vorteile einer Kooperation ausgelotet werden. Ein Preisvergleich mit anderen Kfz-Werkstätten ist anzustellen.

Sicherheit:

Ohne Erhöhung des Personalstandes des Magistrates und unter Beachtung der gebotenen Sparsamkeit wird bis zur Sitzungspause im Sommer ein Vorschlag erarbeitet, wie eine Einsatzgruppe zur Überwachung der Einhaltung ortspolizeilicher Verordnungen gebildet werden kann. Nach einem Jahr ist ein Erfahrungsbericht vorzulegen.

In die Überlegungen zur Einrichtung der Einsatzgruppe sollen auch Aspekte einfließen, wie zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung beigetragen werden oder die Einhaltung ortspolizeilicher Verordnungen durch andere Maßnahmen wie etwa (drastische) Strafen analog zu anderen europäischen Städten gewährleistet werden kann.

Lehrstellenangebot Magistrat:

Von der MD/02 – Personalamt wird ein Vorschlag erarbeitet, in welchen Bereichen der Stadt Lehrlinge vor allem im Zusammenhang mit Nachbesetzungen und unter Zugrundelegung der Ausbildungsmöglichkeiten und der räumlichen Gegebenheiten eingesetzt werden können.

### **Weitere Themen:**

Residenzplatz:

Das Projekt wird in der derzeit vorgesehenen Form nicht weiterverfolgt. Angestrebt wird ein Projekt, das von der Bevölkerung akzeptiert wird und das technisch und finanziell umsetzbar ist.

Feuerwache Itzling:

Das Investitionsvolumen wird mit € 1,2 Mio. festgelegt.

#### Radwege:

Für den Ausbau des Radwegenetzes werden weiterhin € 1 Mio. pro Jahr im a.o.H. vorgesehen.

#### Salzachsteg:

Mit dem Bau des Salzach-Steges im Süden der Stadt wird noch 2009 begonnen. Das Investitionsvolumen wird mit € 2,5 Mio. festgelegt.

#### Sanierung Sportanlage Liefering und ASV Taxham:

Der Handlungsbedarf in beiden Fällen wird anerkannt. Als gebotene Vorsorge werden € 1,5 Mio. zur Sanierung der Sportanlage Liefering und € 1 Mio. für die Sportanlage des ASV Taxham budgetiert. Details dazu sind noch festzulegen.

#### Planungsvereinbarung mit Bund über Stadtregionalbahn bis 2014:

Ziel ist der Abschluss einer Planungsvereinbarung mit einem Finanzierungsschlüssel von 80:20 Bund:Land+Stadt möglichst noch im Jahre 2009. Eine Finanzierungsvariante, die eine höhere Kostenbeteiligung der Stadt vorsehen würde, ist nicht denkbar.

#### Südtiroler Platz:

Im Zuge des Gesamtumbaus des Salzburger Hauptbahnhofes ist eine Verbesserung der Situation auf dem Südtiroler Platz anzustreben.

#### ÖPNV - weitere Elektrifizierungen:

Es herrscht Einvernehmen darüber, dass weitere Verbesserungen beim ÖPNV angestrebt werden.

#### Altstadt Fußgängerzone:

StR Padutsch wird die Fraktionen zu Gesprächen einladen. In der ersten Sitzung des Planungsausschusses der neuen Amtsperiode soll die Thematik erörtert werden. In weiterer Folge ist ein entsprechender Amtsbericht samt Investitions- und Folgekostenaufstellung vorzulegen.

#### City Logistik:

Die Stadt sucht das Gespräch mit den Verantwortlichen des Altstadtverbandes und des Altstadtmarketings um einen Anstoß zu liefern. Einvernehmen besteht darüber, dass die Stadt keine Kosten übernimmt.

#### Stadtverbesserung:

Die Politik unterstützt die Bemühungen der Verwaltung im Kampf gegen den Wildwuchs von A-Ständern und um eine bessere Möblierung der Plätze und des Salzachufers.

#### MARK:

Die grundsätzliche Unterstützung des Vereines durch die Stadt wird außer Frage gestellt. Die Abklärung der Details und die Abstimmung der weiteren Vorgangsweise erfolgt im Rahmen eines Gespräches unter den Fraktionen.

#### Wirtschaft allgemein:

Prüfung Zuordnung des städtischen Beteiligungsmanagements zum Wirtschaftsservice, Schaffung von Anreizen für innerbetriebliche Investitionen, Innovationsförderung, Arbeitsplatzprämie, Prüfung Trennung von Wirtschafts- und Kulturförderung.

Instrumente der direkten Demokratie:

Die sinkende Wahlbeteiligung soll zum Anlass genommen werden, das Interesse der Bürger an der Politik wieder stärken. Der im Rahmen der Reform der Deklaration „Geschütztes Grünland“ eingeleitete Prozess zur Einführung zusätzlicher Instrumente der direkten Demokratie soll fortgeführt werden.


Für die SPÖ:



Heinz Schaden

Für die ÖVP:

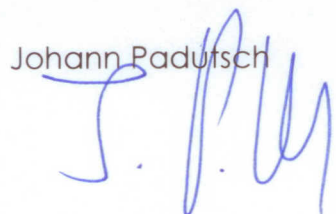
Harald Preuner



ÖVP - Direktbeteiligung von L.P.G.

Für die BL:

Johann Padutsch



(Protokollanweisung zum  
Posteinstreuen  
beiliegend)

Folgende für dieses Parteienübereinkommen relevante Unterlagen liegen vor:

- Beilage 1: Entwurf eines Arbeitsprogrammes 2009 -2014
- Beilage 2: Informationen der Finanzverwaltung zum Budget
- Beilage 3: Auflistung Wohn- und Geschäftsgebäude „KGL“
- Beilage 4: Studie k-plan zu Paracelsusbad
- Beilage 5: Betriebsvereinbarung
- Beilage 6: Personalentwicklung und Führungsmodell Magistrat Salzburg
- Beilage 7: Basisdaten Stadt und RHV zur Wartung des Kanalnetzes
- Beilage 8: Mittelfristiges Sanierungs- und Verkaufsprogramm für Wohn- und Geschäftsgebäude
- Beilage 9: Schulinvestitionsprogramm
- Beilage 10: Konzept Fotohof
- Beilage 11: Konzept Lagermax Altstadtbelieferung 2009
- Beilage 12: Entwurf Pollerlösung Fußgängerzone
- Beilage 13: Protokolle vom 23.3.2009 und 25.3.2009
- Beilage 14: sideletter vom 29.4.2009